

Wochenblatt

für
Wilsdruff, Tharandt, Rossen,
Siebenlehn und die Umgegenden.
Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N. 18.

Freitag den 4. März

1870.

Tagesgeschichte.

Das „Dr. J.“ veröffentlicht das Gesetz, einige Zusätze zu den Personal- und Gewerbesteuer-Gesetzen betreffend, in welchem zunächst die Gewerbe im Umherziehen dahin regulirt werden, daß Personen, welche außerhalb ihres Wohnortes und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung auch ohne vorherige Bestellung Waaren feil bieten, jährlich 2 bis 40 Thaler, je nach der Größe ihres Gewerbes, entrichten und ferner solche Personen, welche außerhalb ihres Wohnortes Waaren aufkaufen oder außerhalb ihres Wohnortes Waarenbestellungen aussuchen, jährlich 2 bis 20 Thlr., je nach Umfang ihres Geschäftes, zu zahlen haben. Umherziehende Scheerenschleifer, Reiffelrüder u. zahlen 1 bis 4 Thlr. jährlich, während Personen, welche im Umherziehen gewerbliche und künstlerische Leistungen, Schaustellungen u. bieten, jährlich 4 bis 50 Thlr. zahlen. — Laut einer dem Gesetze beigegebenen Uebereinkunft zwischen Sachsen und Preußen wegen Beilegung der doppelten Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen sind letztere künftighin nur in demjenigen Staate zu den directen Staatssteuern heranzuziehen, welchem sie als Unterthan angehören. Nimmt jedoch ein Unterthan des einen Staates in dem andern Staate seinen dauernden Wohnsitz und Aufenthalt, ohne die Staatsangehörigkeit daselbst zu erwerben, so geht nach Ablauf von 5 Jahren seit Begründung des Wohnsitzes die Berechtigung zur Besteuerung in vollem Umfange auf diesen Staat über. Steuern von Grundbesitz, sowie vom Betriebe eines stehenden Gewerbes (von gewerblichen oder Handelsanlagen) und von dem aus diesen Quellen verrührenden Einkommen werden nur in dem Staate bezahlt, in welchem diese Liegenschaften sich befinden, oder in welchem dieses Gewerbe ausgeübt wird. Bei der Besteuerung des ganzen Einkommens in dem vorerwähnten berechtigten Staate ist das Einkommen aus diesen Quellen, soweit es demgemäß bereits in dem andern Staate mit Steuern belegt ist, zu verschonen, beziehentlich die von solchen Quellen in dem andern Staate nachweislich erhobenen Steuern von dem im Ganzen ausgeworfenen Einkommensteuerebetrage in Abzug zu bringen.

Der geniale Schöpfer des abgebrannten Dresdner Hoftheaters, Professor Semper, ist vorigen Donnerstag von Wien in Dresden eingetroffen. Die Hoffnung, unter seiner Regide einen neuen Kunsttempel entstehen zu sehen, dürfte durch diesen Besuch einen wesentlichen Stützpunkt erhalten und hören die Dr. N., daß Professor Semper bereits eine längere Unterredung mit dem Herrn Staatsminister v. Friesen gehabt hat.

Meißen, 26. Februar. Heute Vormittag hat sich abermals ein Soldat der 4. Comp. des hiesigen Jägerbataillons in der Kaserne mit seinem Dienstgewehr erschossen. — In einem Hause an der Elbe hatte man gestern eine mit Wasser gefüllte kupferne Wärmflasche in den geheizten Ofen gestellt, aber dabei vergessen, die Schraube aus der Oeffnung derselben zu nehmen. Plötzlich explodirt die Flasche mit donnerähnlichem Getöse und zertrümmerte den Ofen sowie die im Zimmer befindlichen Geräthschaften vollständig. Zum Glück ist Niemand dabei verletzt worden.

Am 22. Februar verbreitete sich in Ernstthal das Gerücht, daß eine schon in den siebziger Jahren stehende Tischlersfrau ihren 82 Jahr alten Mann erschlagen. Dieses Gerücht hat sich insoweit bestätigt, daß wirklich diese Frau ihren alten gebrechlichen Mann beim Aufstehen aus dem Bett heimlich aufgelauret und demselben mit einem Hammer 4 Schläge in den Nacken versetzt hat, an seinem Aufkommen noch gezweifelt wird. Die Frau ist verhaftet. Specielle Motive der That sind noch unbekannt, doch wird der Charakter der Frau als ein nicht verträgliches geschildert.

Laut Bekanntmachung des Directoriums des Pensions-Vereins für Wittwen und Waisen sächs. Beamten ist die erste Hälfte der Jahresbeiträge vom 1. bis 15. März an die Kasse einzuzahlen.

Im Reichstage in Berlin hat's ein Gewitter gegeben, der Bundeskanzler Graf Bismarck hat als Jupiter gewaltig geblitzt und gedonnert und der Abg. Lasler war es, der das Gewitter herausgeschworen hat. Er meinte, das Eis im Main breche und es sei Zeit, daß der Nordbund die Mainlinie überschreite. Es lag nämlich dem Reichstage ein Rechtshilfevertrag mit Baden zur Bestätigung vor

Lasler beantragte, den Badensern nicht nur Dank für ihre ausdauernde nationale Haltung, sondern auch die Erwartung auszusprechen, daß sie ungesäumt in den Nordbund eintreten würden. Mit der Anerkennung der Badenser war der Bundeskanzler einverstanden, jede Art Einladung aber, daß sie in den Nordbund eintreten, belämpfte er mit schneidender Schärfe. Er behauptete, Baden leiste der nationalen Sache in Süddeutschland bessere Dienste, wenn es außerhalb, als wenn es innerhalb des Nordbundes stehe, Bayern werde auf Jahre hinaus zurückgeworfen, wenn Baden in den Bund eintrete. „Wir thun nicht gut, den Milchtopf auszufahren und die Milch sauer werden zu lassen. Wenn Baden den Antrag stellt, in den Bund einzutreten, werde ich ihn abweisen und antworten, ich selber werde die Zeit angeben, wenn die Ausnahme in unserem Interesse ist. Sie meinen, es müsse wieder einmal etwas geschehen? Haben wir nicht den gesicherten Oberbefehl über das Deutsche Heer? Wann ist seit den Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl in Deutschland gewesen? Das Haupt des Nordbundes hat in Süddeutschland eine Stellung, wie sie seit Kaiser Rothbart nicht da war. Genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden! (Heiterkeit.) Was die Vorredner (Lasler und Miquel) unter Volkspolitik verstehen, welche den Eintritt Badens verlange, weiß ich nicht. Meinen sie etwa damit die Adressenpolitik im Jahre 1866 gegen den Krieg? (Heiterkeit.) Der Erfolg hat gezeigt, daß wir es damals besser verstanden als Sie. Ueber die feste Einigung ganz Deutschlands sind wir einig, nur nicht über die Mittel (und die Zeit). Die Herren sind der Meinung, daß sie die Auswahl der Mittel besser verstehen als ich, und ich bin der Meinung, daß ich es besser verstehe als Sie. So lange ich aber der Leiter der Politik bin, werden Sie es sich gefallen lassen müssen, daß es nach meiner Ansicht geht. Verstehen Sie die Sache besser als ich, so müssen Sie Bundeskanzler werden und ich setze mich auf Ihren Platz und übe die Kritik, die mir eine 20jährige Erfahrung an die Hand giebt. — Wir kommen mit Verträgen soweit wie mit den Eintritt. Uebrigens bin ich überzeugt, daß wir in jedem Kriege auf volle Hälfte aller unserer süddeutschen Bundesgenossen rechnen dürfen.“ Unter Blitzen und Donnern verließ die Verhandlung, welcher als bedeutungsvoller Staatsaffaire alle Diplomaten und Gesandten in ihren Logen beigeohnt haben. Lasler zog seinen Antrag zurück und Jeder ging mit Gedanken und Zweifeln heim, was das bedeute, was er gehört hätte. Nur eins schien klar, das dem Bundeskanzler die Ueberschreitung des Mains sehr unzeitgemäß erscheine. Abgethan ist die Sache damit schwerlich.

Die Entscheidung des Reichstages des Norddeutschen Bundes, auf welche man allseitig mit großer Spannung, namentlich auch in unserem engeren Vaterlande Sachsen, hinblickte, ist nun gefallen, und zwar so gefallen, wie wir und gewiß sehr viele mit uns sie gewünscht, obgleich so kaum gehofft hatten. Die Streichung der Todesstrafe aus dem Strafgesetzentwurf für den Bund ist mit ziemlich ahnsehnlicher Majorität — 118 gegen 81 Stimmen! — beschlossen worden. Der norddeutsche Reichstag des Jahres 1870 hat sich damit dem Frankfurter Parlament und der preussischen Nationalversammlung vom Jahre 1848 angeschlossen und hat zugleich das im gleichen Sinne in mehreren Bundesstaaten von den gesetzgebenden Gewalten bereits Beschlossene und Vollführte, die Aufhebung der Todesstrafe, bekräftigt.

Was die Bundesregierungen nun thun werden, bleibt abzuwarten. Eine offizielle Erklärung darüber im Laufe der Verhandlungen ist nicht erfolgt. Sie können den ganzen Entwurf zurückziehen, aber sie können nicht dem Entwurfe mit der Todesstrafe Gesegenskräft verleihen. Zahl und Zusammensetzung der Mehrheit in der hohen Versammlung, welche sich gegen die Todesstrafe erklärt hat, dürfte dabei wohl nicht ohne Beachtung bleiben; sie macht es mindestens mehr als unwahrscheinlich, daß diese Majorität durch die Drohung der Zurücknahme in eine Minorität verwandelt werden könnte.

Wir begrüßen das Resultat dieser Abstimmung mit Freuden und wünschen dem Reichstage Glück zu dem ruhmvollen Beispiele, daß er andern gesetzgebenden Versammlungen gegeben.

Die Fortschrittspartei hat nun, so berichtet die „Trib.“, ihren Antrag auf Diäten und Reisekosten für die Reichstagsabgeordneten